



Das Wichtigste in Kürze

# Soziale Gerechtigkeit in der EU und OECD

Index Report 2019

Thorsten Hellmann, Pia Schmidt, Sascha Matthias Heller



# Soziale Gerechtigkeit in der EU und OECD

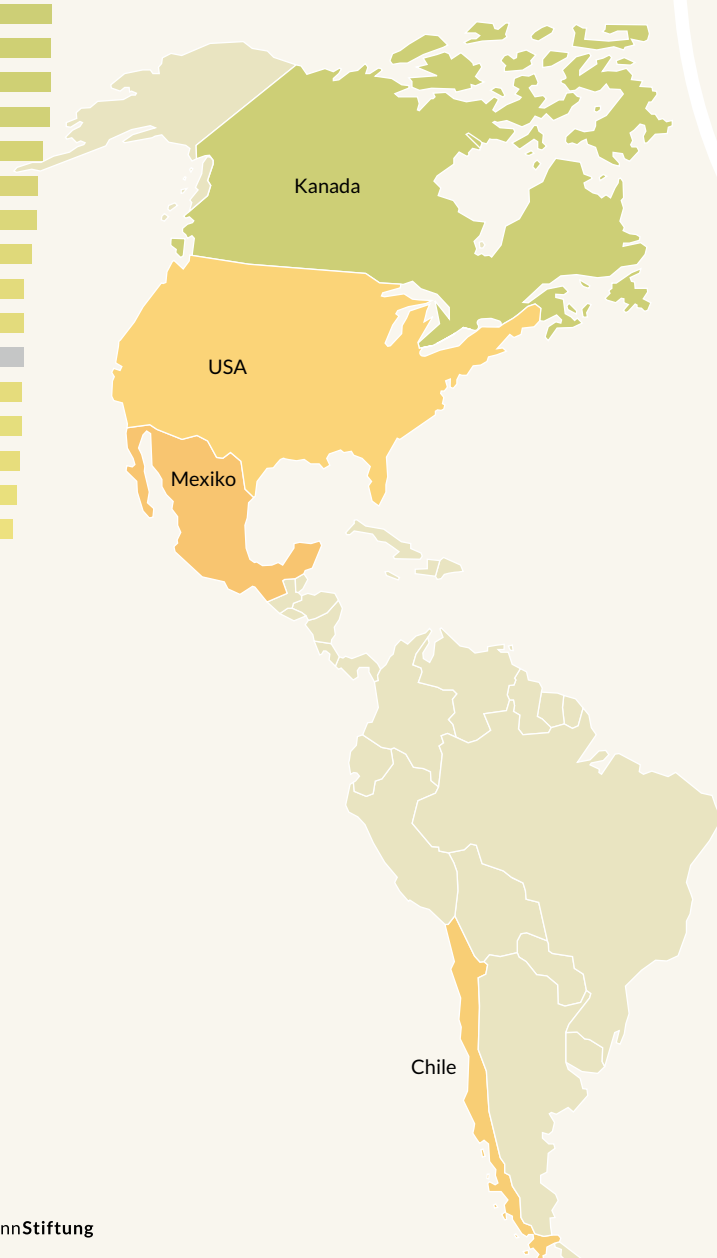
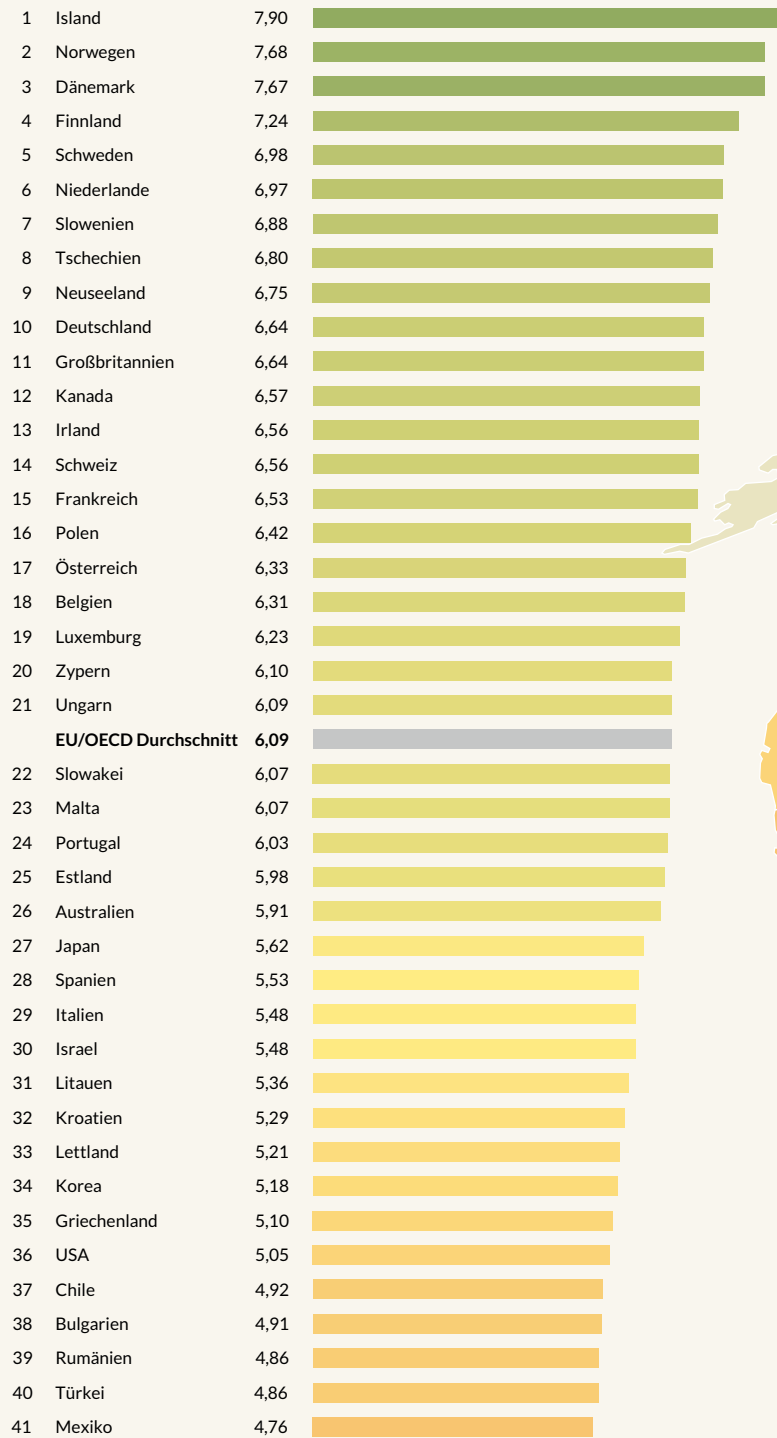
## Index Report 2019

Thorsten Hellmann, Pia Schmidt, Sascha Matthias Heller

<b>I. Das Wichtigste in Kürze</b>	<b>6</b>
1. Soziale Gerechtigkeit in einzelnen Ländern	6
2. Zentrale Ergebnisse in den sechs Dimensionen sozialer Gerechtigkeit	12
<b>II. Der Social Justice Index – Teilhabechancen im internationalen Vergleich messen</b>	<b>18</b>

Den kompletten Bericht sowie Grafiken finden Sie unter  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) und [www.sgi-network.org](http://www.sgi-network.org)

# EU und OECD Social Justice Index 2019





# I. Das Wichtigste in Kürze

---

Die soziale Gerechtigkeit hat sich im Durchschnitt der EU- und OECD-Staaten mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise verschlechtert.<sup>1</sup> Mit Einsetzen der wirtschaftlichen Erholung zeigt sich im Social Justice Index seit 2014 ein leichter, aber kontinuierlicher Aufwärtstrend. Der durchschnittliche Gesamtwert sozialer Gerechtigkeit liegt jedoch weiterhin unterhalb des Vorkrisenniveaus. Zudem bestehen auch weiterhin eklatante Unterschiede im Hinblick auf soziale Teilhabechancen in den 41 untersuchten Staaten.

## 1. Soziale Gerechtigkeit in einzelnen Ländern

### **Nordische Staaten weiterhin Vorbilder in Sachen sozialer Gerechtigkeit, Schweden zeigt jedoch vereinzelt Schwächen**

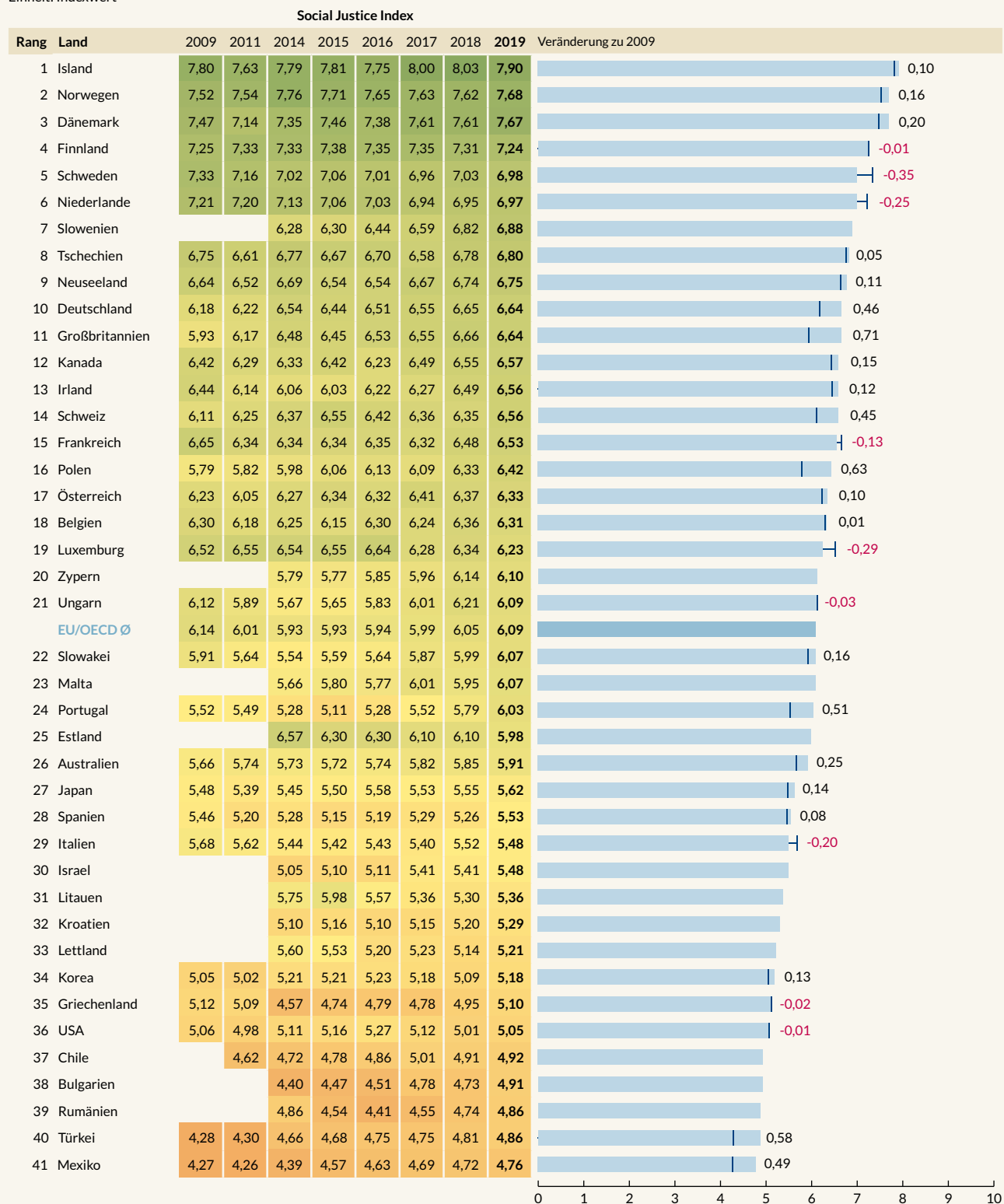
An der Spitze des diesjährigen sozialen Gerechtigkeitsindex stehen Island, Norwegen, Dänemark, Finnland und Schweden, fünf Länder aus Nordeuropa. Der Erfolg in den nordischen Ländern basiert auf einer breiten Grundlage. Island, Finnland, Norwegen und Dänemark zählen in den Bereichen Armutsvermeidung, Gerechte Bildungschancen, Soziale Inklusion und Nicht-Diskriminierung sowie Generationengerechtigkeit zu den Top 10. Spitzenreiter Island überzeugt zusätzlich auch beim Arbeitsmarktzugang und bei der Wahrung eines fairen Zugangs zu einer guten Gesundheitsversorgung. Schweden, das derzeit auf Platz 5 der Gesamtwertung rangiert, hat dagegen in den letzten zehn Jahren in einigen Bereichen an Boden verloren. Seit 2008 ist das Armutsrisiko in der schwedischen Bevölkerung von 7,2% auf 9,5% gestiegen (Rang 18); bei Kindern sogar deutlich von 7,9% auf 12,3%.<sup>2</sup> Auffallend sind auch die anhaltenden Schwierigkeiten beim Arbeitsmarktzugang, wo Schweden derzeit Platz 30 belegt. Zwar ist die Beschäftigung hoch und der Anteil der Geringverdiener:innen niedrig, als problematisch erweist sich jedoch die Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen (Rang 31), Geringqualifizierten (Rang 36) und im Ausland geborener Menschen (Rang 41). Eine Vorreiterrolle nimmt das Land jedoch weiterhin in Sachen Generationengerechtigkeit,

1 Erstmals sind in 2019 neben den EU-Staaten auch die übrigen OECD-Staaten Teil des Social Justice Index. Infolgedessen musste das Indikatoren-Set überarbeitet werden, weshalb die Ergebnisse des SJI 2019 nicht mit früheren Ausgaben vergleichbar sind.

2 In früheren Ausgaben des SJI wurden Daten mit einem Cut-Off-Punkt von 60% verwendet. Dies bedeutete, dass diejenigen, deren Einkommen unter 60% des Medianeinkommens des jeweiligen Landes liegt, als von Armut bedroht eingestuft wurden. Durch die Erweiterung des Ländersamples um alle OECD-Staaten muss auch auf Daten von der OECD zurückgegriffen werden. Da die OECD für Kinder und Jugendliche nur Armutsdaten mit dem Cut-Off Point 50% ausweist, verwenden wir in der aktuellen Ausgabe diesen Referenzwert.

ABBILDUNG 1 Social Justice Index 2019 (gewichtet)







Einheit: Indexwert



Quelle: Social Justice Index.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 2 SJI 2019 Platzierung

Country	Gesamt						
		Armuts- vermeidung	Gerechte Bildungs- chancen	Zugang zum Arbeitsmarkt	Soziale Inklusion und Nicht- Diskriminierung	Generationen- gerechtigkeit	Gesund- heit
Australien	26	30	22	8	16	21	8
Belgien	18	14	26	29	15	32	21
Bulgarien	38	33	28	31	41	19	39
Chile	37	36	27	35	34	11	38
Dänemark	3	2	1	12	2	2	10
Deutschland	10	15	14	15	18	22	13
Estland	25	28	10	11	17	5	24
Finnland	4	3	6	26	10	4	20
Frankreich	15	7	35	38	21	20	4
Griechenland	35	22	31	41	29	41	19
Großbritannien	11	18	11	5	13	24	22
Irland	13	10	29	21	14	29	18
Island	1	1	5	1	3	6	7
Israel	30	40	8	9	32	9	9
Italien	29	26	25	39	27	40	5
Japan	27	32	24	2	38	38	15
Kanada	12	25	4	10	6	25	14
Korea	34	38	21	19	40	16	28
Kroatien	32	29	17	34	31	27	32
Lettland	33	34	12	27	30	10	41
Litauen	31	37	18	20	25	12	33
Luxemburg	19	24	30	23	4	28	2
Malta	23	19	34	18	24	36	31
Mexiko	41	39	32	24	36	15	40
Neuseeland	9	23	9	3	7	8	3
Niederlande	6	6	20	16	5	26	17
Norwegen	2	5	2	13	1	3	1
Österreich	17	16	36	25	20	17	12
Polen	16	12	13	22	28	31	34
Portugal	24	20	33	28	11	34	23
Rumänien	39	35	38	33	35	23	35
Schweden	5	13	3	30	8	1	11
Schweiz	14	21	15	7	12	7	16
Slowakei	22	11	37	36	26	35	27
Slowenien	7	8	7	14	19	13	25
Spanien	28	27	23	40	9	33	6
Tschechien	8	4	40	4	22	14	26
Türkei	40	31	41	37	39	18	36
Ungarn	21	9	39	17	33	30	37
USA	36	41	16	6	37	37	29
Zypern	20	17	19	32	23	39	30

Quelle: Social Justice Index.

| BertelsmannStiftung



wo Schweden an der Spitze steht. Allgemein arbeiten die nordischen Länder intensiv daran, die Belange junger und zukünftiger Generationen in der Politik von heute zu berücksichtigen. Das zeigt sich unter anderem an guten Ergebnissen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz und einer modernen Familienpolitik.

### **Deutschland, Großbritannien und Frankreich im oberen Drittel mit deutlichen Unterschieden**

Drei der großen Länder Europas, Deutschland, Großbritannien und Frankreich, liegen im Ranking dicht beieinander auf den Plätzen 10, 11 und 15. Während Deutschland und Großbritannien in den letzten zehn Jahren die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ausbauen konnten, stagniert Frankreich in dieser Hinsicht mehr oder weniger. Zudem zeigt der Blick auf die einzelnen Aspekte der sozialen Gerechtigkeit große Unterschiede zwischen den drei Ländern. Während Deutschland in allen sechs Bereichen sozialer Gerechtigkeit im (oberen) Mittelfeld rangiert, ist die Leistung von Großbritannien und Frankreich nicht in allen Bereichen erfreulich. Dies gilt im besonderen Maße für Frankreich: Positiv hervorzuheben ist der vierte Platz in der Dimension Gesundheit und Platz 7 bei der Armutsbekämpfung. Im Gegensatz dazu sind jedoch dringende Maßnahmen bei der Herstellung gerechter Bildungschancen (Rang 35) und beim Arbeitsmarktzugang (Rang 38) erforderlich. Ursächlich für das schlechte Ergebnis im Bildungsbereich ist in erster Linie die hohe soziale Selektivität des französischen Bildungssystems. Bei zwei Indikatoren zeigt sich, dass der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Lernerfolg in Frankreich am größten ist. Im Arbeitsmarktbereich zählt Frankreich in fast allen Bereichen zu den schwächsten Ländern. So liegt die Arbeitslosenquote bei 9,1%; nur in den Krisenländern Griechenland, Italien, Spanien sowie der Türkei sind mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen.

### **Südeuropäische Krisenländer: Fortschritte in Portugal, Arbeitsmarktlage in Griechenland bleibt dramatisch**

Von den Ländern im Süden Europas, die von der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen wurden, hat sich seit der Krise nur Portugal deutlich verbessert. Während Portugal im SJI 2019 auf Platz 24 liegt, gehört Griechenland zu den Schlusslichtern des Rankings (Rang 35). Die Unterschiede zeigen sich insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier belegt Portugal Rang 28 während Italien, Spanien und Griechenland die schlechtesten Ergebnisse des gesamten Samples zeigen. Spanien und Italien können jedoch seit dem SJI 2015 einen leichten Aufwärtstrend verzeichnen. In Griechenland bleibt die Lage am Arbeitsmarkt aber weiterhin dramatisch. Obwohl die Beschäftigung seit 2013 gestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken ist, bleiben die Werte im internationalen Vergleich beunruhigend: In Griechenland sind immer noch mit Abstand am meisten Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen (19,5%) und auch die Beschäftigungsquote ist mit knapp 55% die zweitniedrigste. Dringender Handlungsbedarf besteht in Italien, Spanien und Griechenland – trotz einiger Fortschritte – auch weiterhin bei der Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen. Die Folgen der Wirtschaftskrise zeigen sich aber auch an anderer Stelle. Die anhaltend hohe Verschuldung schränkt den finanziellen Handlungsspielraum immens ein, was auch zulasten der Generationengerechtigkeit geht. Das gilt insbesondere für Italien und Griechenland, die die Schlusslichter in diesem Bereich bilden.

### **Licht und Schatten Osteuropa: Tschechien und Slowenien unter den Top 10, Bulgarien und Rumänien am unteren Ende der Rangliste**

Ein Blick auf die sozialen Teilhabechancen in den osteuropäischen Staaten zeigt gravierende Unterschiede. Während Slowenien (Rang 7) und Tschechien (Rang 8) zu den Top Ten zählen, liegen Rumänien (Rang 39) und Bulgarien (Rang 38) am unteren Ende des Rankings. Tschechien punktet insbesondere mit einer niedrigen Armutsrisikoquote von 4,4% (Rang 2) sowie der geringsten Arbeitslosenquote im Ländersample (2,3%). Schwächen zeigen sich dagegen in der Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Bildung. Hier hat sich das Land weiter verschlechtert und belegt den vorletzten Platz. Schuld daran ist insbesondere die hohe soziale Selektivität des Bildungssystems. Auch die Slowakei, Ungarn und Rumänien gehören zu den fünf Ländern, in denen die Bildungschancen am wenigsten gerecht verteilt sind, während es Slowenien und Polen im Bereich „Bildung“ ins obere Drittel schaffen. Rumänien ist zudem das Land mit der höchsten Kinderarmut im Ländersample. Diese liegt bei 24,0% und ist damit fast sechsmal so hoch wie in Finnland (4,2%). Große Schwierigkeiten haben die Länder auch, was die Bekämpfung von Diskriminierung angeht. In Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Kroatien und Ungarn wirken die Regierungen der Feindseligkeit gegenüber und massiven Marginalisierung von Roma-Minderheiten nicht entgegen.

### **In den baltischen Staaten nimmt die soziale Gerechtigkeit ab**

In Estland, Lettland und Litauen verschlechtern sich die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe weithin kontinuierlich. Zwar haben die baltischen Staaten erhebliche Fortschritte im Arbeitsmarktbereich und im Bereich gerechter Bildungschancen gemacht. Problematisch zeigt sich jedoch der in allen drei Ländern zu beobachtende Anstieg der Altersarmut. Nach Auffassung der SGI-Länderexpert:innen ist das auf das niedrige Rentenniveau in den baltischen Staaten zurückzuführen. Der drastischste Anstieg ist in Lettland zu verzeichnen, wo das Armutsrisiko der über 65-Jährigen von 6,5% im Jahr 2013 auf 29,4% im Jahr 2018 gestiegen ist, was einer fast fünffachen Zunahme entspricht. Nur in Südkorea gibt es noch mehr ältere Menschen, die von Armut bedroht sind. Problematisch zeigt sich in Lettland zusätzlich der Gesundheitsbereich, in dem das Land den letzten Platz belegt.

### **Starker Kontrast in Nordamerika: Kanada im oberen Drittel während die USA zur Schlussgruppe gehören**

Eine deutliche Diskrepanz in Sachen sozialer Gerechtigkeit zeigt sich in Nordamerika. Während Kanada im Gesamtranking den 13. Platz belegt, schaffen es die USA nur auf Rang 36. Zudem hat sich die ohnehin schlechte Leistung der USA in den letzten drei Jahren weiter verschlechtert, während in Kanada ein leichter Aufwärtstrend zu beobachten ist. Deutliche Unterschiede zwischen den beiden nordamerikanischen Ländern zeigen sich vor allem bei der Armutsvermeidung (Kanada Rang 25, USA Rang 41) und der sozialen Inklusion und Nicht-Diskriminierung (Kanada Rang 6, USA Rang 37). Mit 17,8% ist der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in den USA der zweitgrößte im Ländersample. In Kanada ist das Armutsrisiko dagegen mit 12,1% deutlich geringer. Noch deutlicher sind die Unterschiede im Armutsrisiko für die über 65-Jährigen. In den USA sind mit 23,1% fast doppelt so viele ältere Menschen

von Armut bedroht als in Kanada (12,2%). Deutlich verschlechtert hat sich in den USA zudem auch die Integrationspolitik. Vor zehn Jahren, im SJI 2009, wurde die Integrationspolitik von sowohl Kanada als auch den USA mit 9 von 10 möglichen Punkten bewertet, womit beide Länder die Spitzenreiter waren. Während jedoch Kanada seine starke Leistung aufrechterhalten konnte und weiterhin Vorbild in Sachen Integration ist, sind die USA mit nur noch 5 Punkten auf den 24. Platz zurückgefallen. Das zeigt sich auch in verschlechterten Bildungschancen für die im Ausland geborene Bevölkerung: Derzeit ist der Anteil der im Ausland geborenen Menschen ohne Abschluss der Sekundarstufe II mehr als dreimal so groß wie der der einheimischen Bevölkerung (Rang 40). Während die Leistung der USA und Kanada in vielen Bereichen sozialer Gerechtigkeit divergiert, vereint die beiden Länder der große Nachholbedarf in Sachen Generationengerechtigkeit. Deutlich wird das im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit. Aufgrund der extrem hohen Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen tragen beide Länder wenig dazu bei, die Folgen von Umweltzerstörung und Erderwärmung gering zu halten.

#### **Stark eingeschränkte Teilhabechancen in Chile, Mexiko und der Türkei**

Trotz leichter Verbesserungen in den vergangenen Jahren ist die soziale Gerechtigkeit in Chile (Rang 37) und Mexiko (Rang 41) weiterhin nur gering ausgeprägt. Gemeinsam mit der Türkei gehören die beiden Staaten zu den schwächsten Ländern in Bezug auf Armutsbekämpfung, soziale Eingliederung und Nichtdiskriminierung sowie Gesundheit. Im Bereich der Generationengerechtigkeit gehören alle drei Länder jedoch zum Mittelfeld. Deutliche Unterschiede zeigen sich dagegen beim Arbeitsmarktzugang. So beträgt die Arbeitslosenquote in Mexiko nur 3,4% (Rang 4) und die Jugendarbeitslosigkeit 6,9% (Rang 5), während die entsprechenden Werte in der Türkei mit 11,1% (Rang 39) und 20,2% (Rang 34) etwa dreimal so hoch sind. Da die Türkei zudem den letzten Platz im Bildungsranking belegt und Bildung eine zentrale Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt ist, scheint eine merkliche Besserung der Arbeitsmarktsituation in der Türkei eher unwahrscheinlich. Gegenwärtig haben 62,6% der 25- bis 64-Jährigen keinen Abschluss der Sekundarstufe II. Im Vergleich: In Litauen, dem besten Land bei diesem Indikator, sind es nur 5,2%. Zusätzlich ist der Anteil der in allen Fächern schwachen Schüler:innen in der Türkei mit 31,2% (Rang 40) enorm hoch. Neben den Schwächen im Bildungssystem fällt sowohl in Mexiko und Chile als auch in der Türkei der schlechte Zugang und die mangelnde Qualität der Gesundheitsversorgung auf. In Mexiko und der Türkei schlägt sich das unter anderem in der Kindersterblichkeit nieder, die in beiden Ländern deutlich höher ist als in den restlichen Ländern.

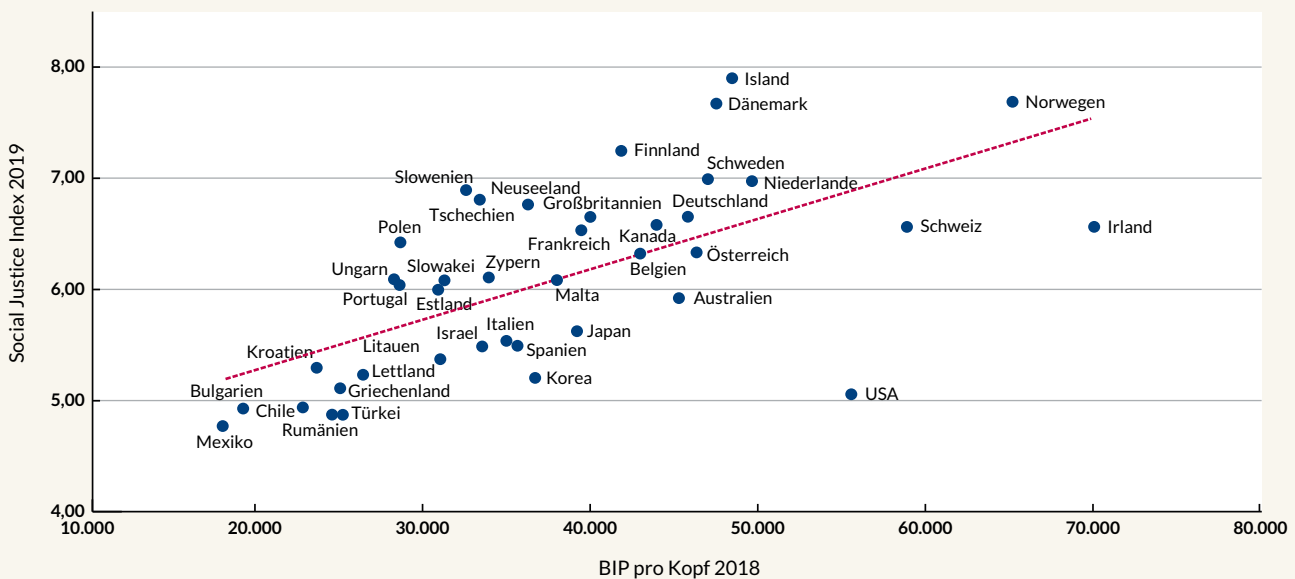
#### **(Not only) money does matter**

Der Vergleich der Wirtschaftsleistung der 41 OECD- und EU-Staaten mit den bestehenden Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe lässt einen Zusammenhang erkennen (vgl. Abb 3). Die sozialen Teilhabechancen sind tendenziell in den Staaten mit einem größeren wirtschaftlichen Potenzial, gemessen am jeweiligen realen Bruttoinlandsprodukt, stärker ausgeprägt. Die Länder mit den größten Chancen auf soziale Teilhabe – Norwegen, Dänemark und Island – gehören zu den reicheren Ländern, während ärmere Länder wie Mexiko oder Bulgarien am Ende der Rangliste der sozialen Gerechtigkeit stehen. Abbildung 3 zeigt aber auch, dass die Wirtschaftsleistung nicht allein entscheidend ist. Vergleicht

man beispielsweise die USA mit den Niederlanden, so zeigt sich, dass die sozialen Teilhabechancen in den Niederlanden trotz eines geringeren BIPs deutlich besser ausgestaltet sind als in den Vereinigten Staaten. Die USA sind somit, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, deutlich unterdurchschnittlich hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit.

ABBILDUNG 3 Soziale Gerechtigkeit 2019 und BIP pro Kopf 2018

Einheit: Social Justice Indexwert/BIP pro Kopf 2018



Quelle: Eigene Berechnungen.

BertelsmannStiftung

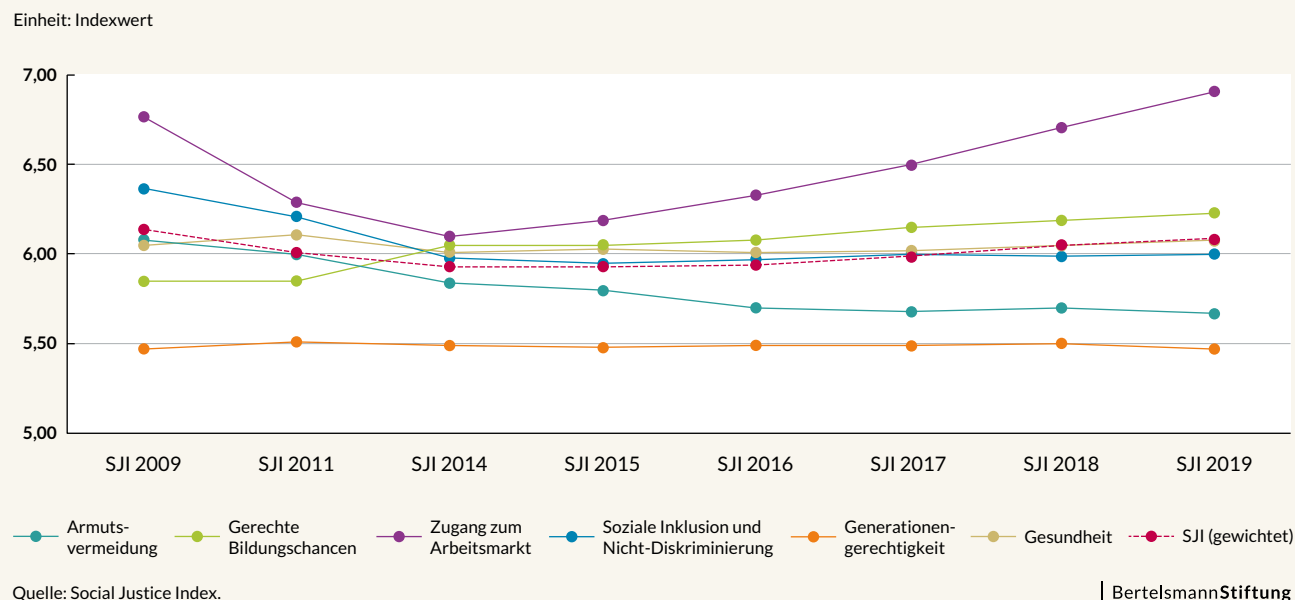
## 2. Zentrale Ergebnisse in den sechs Dimensionen sozialer Gerechtigkeit

### Anhaltender Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt lässt Teilhabechancen steigen

Auch in der diesjährigen SJI-Ausgabe können wir feststellen, dass der anhaltende Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt die Teilhabechancen für viele Menschen leicht steigen lässt. In 37 der 41 im Sample enthaltenen Länder haben sich die Jobaussichten im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Der durchschnittliche Score von 6,89 für den Zugang zum Arbeitsmarkt zeigt, dass das Vorkrisenniveau (SJI 2009: 6,74) erstmals wieder übertroffen werden konnte. Gleiches trifft auf die Arbeitslosenquote zu, die im Durchschnitt der OECD- und EU-Länder erstmals unter dem Vorkrisenniveau von 5,7% liegt und nach hohen Werten zu Krisenzeiten (2010: 8,4%) auf derzeit 5,3% gesunken ist. Dennoch zeigen sich auch weiterhin eklatante Unterschiede unter den 41 Ländern. So schwankt die Beschäftigungsquote zwischen 85,1% in Island und 52% in der Türkei und die Arbeitslosigkeit ist in Griechenland mit 19,5% mehr als achtmal so hoch wie in Tschechien (2,3%).

Ein weiteres gutes Zeichen ist, dass die Jugendarbeitslosigkeit in dem Großteil der Länder weiter abgenommen hat. Das gilt auch für die von der Krise am stärk-

ABBILDUNG 4 The Dimensions of Social Justice, SJI 2009–SJI 2019



sten betroffenen Länder im Süden Europas. Nach Höchstwerten von fast 60% im Jahr 2013 ist die Quote der jugendlichen Arbeitslosen in Griechenland auf aktuell 39,9% gefallen. In Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit ähnlich hoch war, ist für den gleichen Zeitraum ein Rückgang von 55,5% auf 34,3% zu beobachten. Trotzdem sind Jugendliche in Spanien, Griechenland und Italien auch weiterhin mit immensen Problemen bei der Jobsuche konfrontiert und laufen Gefahr vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein. Während Italien, Spanien und Griechenland weiterhin die Schlusslichter im Arbeitsmarktranking bilden, führen Island, Japan und Neuseeland das Ranking an.

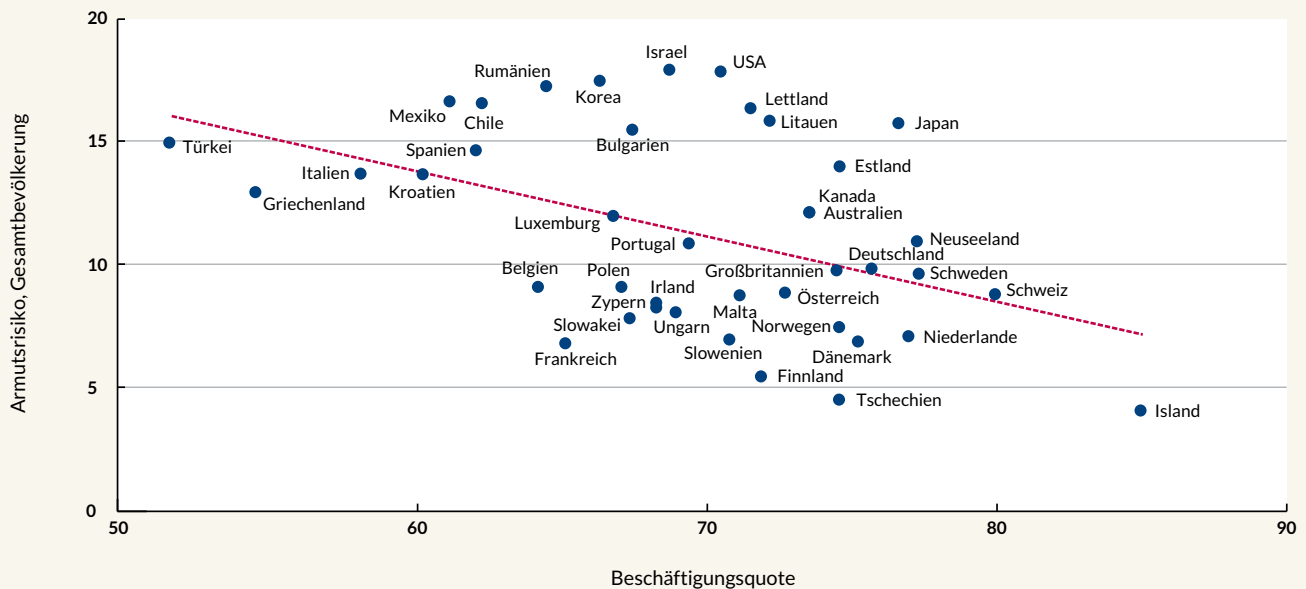
#### Armutsrisiko trotz verbesserter Jobaussichten nur in 16 Ländern gesunken

Getrübt werden die verbesserten Jobaussichten durch die Tatsache, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen vom Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt profitieren. Auffällig ist in diesem Kontext, dass die steigenden Erwerbstätigenzahlen in vielen Fällen nicht mit einem sinkenden Armutsrisiko einhergehen. Obwohl seit 2013 in 40 der 41 Länder deutlich mehr Menschen erwerbstätig sind, konnten nur 16 Länder das Armutsrisiko für die Bevölkerung reduzieren. Besonders deutlich wird dieser problematische Befund am Beispiel von Litauen, wo die Beschäftigungsquote von 63,7% im Jahr 2013 auf 72,4% im Jahr 2018 gestiegen ist, während das Armutsrisiko im gleichen Zeitraum von 13,1% auf 15,8% angewachsen ist.

Israel (17,9%), die USA (17,8%) und Korea (17,4%) gehören zu den Schlusslichtern im Armutsranking und haben erhebliche Probleme, ihre Bevölkerung vor Armut zu schützen und damit eine uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Am geringsten ist das Armutsrisiko hingegen in Island und Tschechien. In beiden Ländern konnte das bereits geringe Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung weiter auf 4% bzw. 4,4% gesenkt werden.

ABBILDUNG 5 Armutsrisiko und Beschäftigungsquote

Einheit: Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen.

BertelsmannStiftung

Ein Grund dafür, dass der Beschäftigungsanstieg in vielen Ländern nicht zu einer Abnahme des Armutsrisikos geführt hat, kann in der zunehmenden Dualisierung der Arbeitsmärkte gesehen werden. So berichtet ein großer Teil der Länderexpert:innen, dass die Ungleichheit bei den Einkommen und der Arbeitsplatzqualität zugenommen hat, was oftmals geringere Teilhabechancen nach sich zieht. Die in vielen Ländern zu beobachtende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte hat auf der einen Seite zum Anstieg der Beschäftigung beigetragen, geht jedoch auf der anderen Seite oftmals mit einem Anstieg atypischer, nicht-regulärer Beschäftigungsverhältnisse wie etwas Teilzeitarbeit oder befristete Beschäftigung einher. So ist beispielsweise der Anteil der unfreiwilligen Teilzeitarbeit an der gesamten Teilzeitarbeit in 23 der 41 Staaten seit dem SJI 2009, zum Teil erheblich, gestiegen. Dies trifft insbesondere für die Krisenländer im Süden Europas zu. In Griechenland beispielsweise stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, seit 2008 um 26 Prozentpunkte auf 70,1% (2018). In einigen Ländern kommt hinzu, dass viele Menschen im Niedriglohnsektor arbeiten und der Schutz vor Armut damit deutlich eingeschränkt ist. Während in den USA beispielsweise die Beschäftigungsquote in den letzten Jahren leicht gestiegen ist, ist auch die Quote der von Armut bedrohten Personen auf 17,8% gestiegen. Ein Grund dafür könnte sein, dass fast ein Viertel der Beschäftigten in den USA im Niedriglohnsektor tätig ist.

**Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche in 27 Ländern höher als für ältere Menschen – Reformen der sozialen Sicherungssysteme müssen denn auch dem steigenden Risiko der Altersarmut begegnen**

Zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen gehören ältere Menschen und Kinder und Jugendliche. Während das Armutsrisiko für Kinder in etwa der Hälfte der Länder seit dem SJI 2009 gesunken ist, sind die Teilhabechancen in der

anderen Hälfte deutlich schlechter ausgeprägt als vor der Krise. In vielen Ländern ist das Kinderarmutsrisiko nach wie vor alarmierend hoch. Besonders dramatisch sieht die Situation in Rumänien aus, wo 24% der Kinder von Armut bedroht sind. In der Türkei und Israel ist der Anteil ähnlich hoch; dort ist fast jedes vierte Kind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Auffällig ist, dass in 27 der 41 Staaten – relativ betrachtet – mehr Kinder und Jugendliche von Armut bedroht sind, als über 65-Jährige. Dass das Armutsrisiko für Kinder deutlich höher ist als das für ältere Menschen, trifft auch auf Länder mit einem starken Sozialstaat wie Schweden, Norwegen und Dänemark zu. Zu den verbleibenden 14 Ländern, wo die Situation für ältere Menschen zum Teil deutlich schlechter aussieht, gehören Australien, Lettland, Estland und Korea. In Korea, wo das Risiko der Altersarmut mit 43,8% bei weitem am höchsten ist, liegt ein Abstand von fast 30 Prozentpunkten zwischen den Altersgruppen. Und das, obwohl auch das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche in Korea im internationalen Vergleich hoch ist (14,5%). Auch wenn sich die Altersarmut zu Krisenzeiten oftmals nicht signifikant verschlechtert hat und teilweise sogar unter das Vorkrisenniveau gesunken ist, zeichnet sich in vielen Ländern in den vergangenen ein bis zwei Jahren, auch aufgrund des wachsenden demographischen Drucks, ein Anstieg der Altersarmut deutlich ab. In Luxemburg beispielsweise hat sich die Altersarmut innerhalb eines Jahres von 3,3% (2015) auf 6,7% (2016) verdoppelt und liegt 2018 bei 6,8%. Während das Rentenniveau in vielen Staaten auch zu Krisenzeiten noch relativ hoch geblieben ist, steigt derzeit der Druck auf die Rentensysteme immens an. Für eine nachhaltige Zukunft dürfen Reformen der Sozialversicherungssysteme jedoch nicht nur den Lebensstandard heutiger älterer Menschen absichern, sondern müssen gleichzeitig auch die Interessen der jüngeren Generationen beachten.

Neben Kindern und Älteren ist auch für Migrant:innen und ethnische Minderheiten das Armutsrisiko signifikant höher als für andere gesellschaftliche Gruppen. Die Armut unter der arabischen Minderheit in Israel etwa ist deutlich höher als im Rest der Bevölkerung und auch unsere Länderexpert:innen für Tschechien und die Slowakei berichten über die hohe Armutsrate der Roma. Dies sind nur Beispiele für eine Vielzahl an Berichten über die dadurch bedingt deutlich geringeren Teilhabechancen von Migrant:innen und Angehörige ethnischer Minderheiten.

### **Stillstand in Sachen Generationengerechtigkeit**

Im Bereich Generationengerechtigkeit herrscht sowohl im Gesamtdurchschnitt, der deutlich unter dem der übrigen fünf Dimensionen sozialer Gerechtigkeit liegt, als auch in fast allen Ländern Stillstand. Mehr als die Hälfte der 41 EU- und OECD-Staaten hat im Vergleich zum Vorjahr sogar leichte Rückschritte in Sachen Generationengerechtigkeit zu verzeichnen. Zusätzlich klafft zwischen den Bestrebungen der einzelnen Länder eine große Lücke. Während es die nordischen Staaten, der Spitzenreiter Schweden sowie Dänemark, Norwegen und Finnland, am besten schaffen, die Interessen junger und nachkommender Generationen in die Politikgestaltung von heute zu integrieren, haben Italien und Griechenland in dieser Hinsicht die größten Schwierigkeiten.

Die Stagnation ist insofern alarmierend, als dass in allen Ländern der Anteil der Menschen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind, aufgrund von niedrigen Geburtenraten und erhöhter Lebenserwartung steigt. Die Herausforderung für die

41 Länder besteht unter anderem darin, den wachsenden (finanziellen) Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme zu begegnen ohne den jüngeren Generationen immense finanzielle Lasten aufzubürden und ohne die soziale Absicherung älterer Menschen zu gefährden. Während die nordischen Staaten nicht vor notwendigen Reformen für eine nachhaltige Familien- und Rentenpolitik zurückschrecken, fällt es vielen anderen Ländern schwer, den demographisch bedingten Veränderungen zu begegnen.

Positiv fällt dagegen auf, dass ein großer Teil der Länder seinen Schuldenstand gegenüber den Krisenzeiten erneut deutlich reduzieren konnte und somit den finanziellen Spielraum für jetzige und zukünftige Generationen vergrößern konnte. Trotzdem bleibt die Verschuldung insbesondere in Japan, den USA und in den Krisen geprägten Ländern Südeuropas, Griechenland, Italien, Portugal und Zypern, nach wie vor sehr hoch. In Griechenland beispielsweise, das Land mit dem zweithöchsten Schuldenstand von 183,3% des BIP, sind die Schulden erneut gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Auch in Japan bürdet die extrem hohe Staatsverschuldung von 237,2% den Bürger:innen große Lasten auf. In Beziehung zu Japans demographischer Struktur gesetzt, ist das Ergebnis noch besorgniserregender. Pro Kind gerechnet belaufen sich die Schulden auf 816.000I\$. In diesen Ländern ist der finanzielle Spielraum in der Politik extrem eingeschränkt – zum Nachteil jetziger und nachkommender Generationen. Im deutlichen Kontrast dazu steht Estland, dessen Schuldenquote mit 8,1% des BIP die geringste aller 41 Länder ist. Ähnlich divers ist das Bild bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die zur Generationengerechtigkeit beitragen, indem sie für die Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Innovationen fördern. Neben den Spitzenreitern aus Israel und Südkorea weisen Schweden, die Schweiz, Österreich, Dänemark und Deutschland vergleichsweise hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf, um Innovationen voranzutreiben und Lösungen für dringende Probleme zu entwickeln. Wie in allen 41 Ländern sind die privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in diesen Ländern deutlich höher als die Staatsausgaben. Im Gegensatz dazu liegen Bulgarien, Rumänien, Malta und Zypern am Ende der Rangliste. Hier belaufen sich die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf weniger als 0,3% des BIP.

Was die Weitergabe eines fairen ökologischen Erbes betrifft, sehen die Aussichten für jüngere Generationen weiterhin besorgniserregend aus. Auch wenn viele unserer Länderexpert:innen berichten, dass Klima- und Umweltbelange in der Politik zunehmend an Bedeutung gewinnen, bleibt auch im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit der notwendige Quantensprung aus. Im Gegenteil: In 19 der 41 Länder sind die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Vorjahr sogar gestiegen. Australien, die USA und Kanada, zählen dabei zu den größten Klimasündern mit um die 20 Tonnen pro Kopf. Wie im Gesamtranking, ist die Kluft beim Umwelt- und Klimaschutz groß. Ambitionierte Länder, wie die Vorbildnation Schweden, das sowohl die Treibhausgasemissionen kontinuierlich auf mittlerweile 5,24 Tonnen pro Kopf reduziert und den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben hat, stehen Staaten gegenüber, die nur wenig tun, um die Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung für junge und nachkommende Generationen gering zu halten. Letztere sind deutlich in der Überzahl, denn nur 3 von den 41 im Sample enthaltenen Ländern beziehen mehr als 50% ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen und in nur 8 Ländern ist der ökologische Fußabdruck so klein, dass die biologische Kapazität den Verbrauch von nachwachsenden Ressourcen tragen kann.



## Auch in Hinblick auf soziale Inklusion und Nicht-Diskriminierung kaum Fortschritte

Auch im Bereich der sozialen Inklusion und Nicht-Diskriminierung hat sich im Durchschnitt der Länder in den vergangenen Jahren wenig getan. Hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lässt allerdings die Beobachtung, dass viele Länder im Vergleich zu früheren eine leichte Verbesserung hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr konnten 16 Länder ihren Frauenanteil in nationalen Parlamenten erhöhen während er in nur 2 Ländern gesunken ist. In Mexiko und Schweden sind Frauen mit 48 bzw. 46 von 100 Sitzen am stärksten vertreten. Auch das Verhältnis von Frauen und Männern in Beschäftigung im Arbeitsmarkt konnte in einigen Ländern weiter ausgeglichen werden. Trotzdem ist noch viel zu tun, um eine genuine Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. Noch immer ist die Vertretung von Frauen in der Legislative in fast der Hälfte der Länder mit weniger als 25% Frauen extrem niedrig. In Ländern wie der Türkei und Mexiko bleibt der Anteil der sich in bezahlter Arbeit befindenden Frauen im Vergleich zu Männern sogar nur halb so groß. Die mangelnde Geschlechtergleichstellung zeigt sich weiterhin in der Abwesenheit von gleichem Lohn für gleiche Arbeit und verschärft sich, wenn auch die Stunden für unbezahlte Arbeit wie beispielsweise Care-Arbeit betrachtet werden.<sup>3</sup> Die Länderexpert:innen berichten, dass in Ländern wie Österreich, Tschechien, Polen und Ungarn, wo oftmals das traditionelle Familienbild dominiert, die Regierungen die Umsetzung einer Gleichstellung von Frauen und Männern behindern. Für Ungarn beispielsweise berichten die Länderexpert:innen, dass die populistische Fidesz-Regierung aktiv die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt fördert.

Auch für die Diskriminierung von Migrant:innen, Geflüchteten, Angehörigen des Islams oder ethnischer Minderheiten, und Anhänger:innen der LGBTQ-Community sind in vielen Fällen populistische Regierungen verantwortlich. Berichten unserer Länderexpert:innen zufolge hat insbesondere in Österreich, Italien, Ungarn und Polen die Benachteiligung von diesen Gruppen weiter zugenommen. Die ablehnende Haltung spiegelt sich oftmals in einer gescheiterten Integrationspolitik wider. Diese Länder haben, ebenso wie die USA, in Sachen Integration weiterhin an Boden verloren. Auffällig ist zudem, dass auch Vorbildnationen wie die Niederlande, Schweden und Finnland zunehmend Schwächen zeigen, sozialer Polarisierung und Exklusion entgegenzuwirken. Das zeigt sich in diesen Ländern unter anderem in der Einkommensverteilung, die zwar weiterhin vergleichsweise gerecht ist, deren Ungleichheit im Verlaufe der letzten Jahre aber gestiegen ist. Positiv ist allerdings, dass sich von den 41 Ländern viele Staaten dem Vorkrisenniveau nähern und in 20 Staaten die Einkommensungleichheit gegenüber 2008 zurückgegangen ist. Hier führen die Slowakei und Slowenien das Ranking an, während das Einkommen in Bulgarien, der Türkei, Chile und Mexiko im Vergleich sehr ungleich verteilt ist.

<sup>3</sup> Geschlechterspezifische Lohnunterschiede und die Anzahl der Stunden in unbezahlter Arbeit gehen zwar aufgrund mangelhafter Daten nicht in die Berechnung des SJI 2019 ein, sind aber als wichtige Aspekte von Geschlechtergleichstellung unentbehrlich. Nähere Informationen zur Gleichstellungspolitik sind in den Länderberichten zu Sozialer Inklusion und Nicht-Diskriminierung zu finden. Diese sind abrufbar auf [sgi-network.org](http://sgi-network.org).

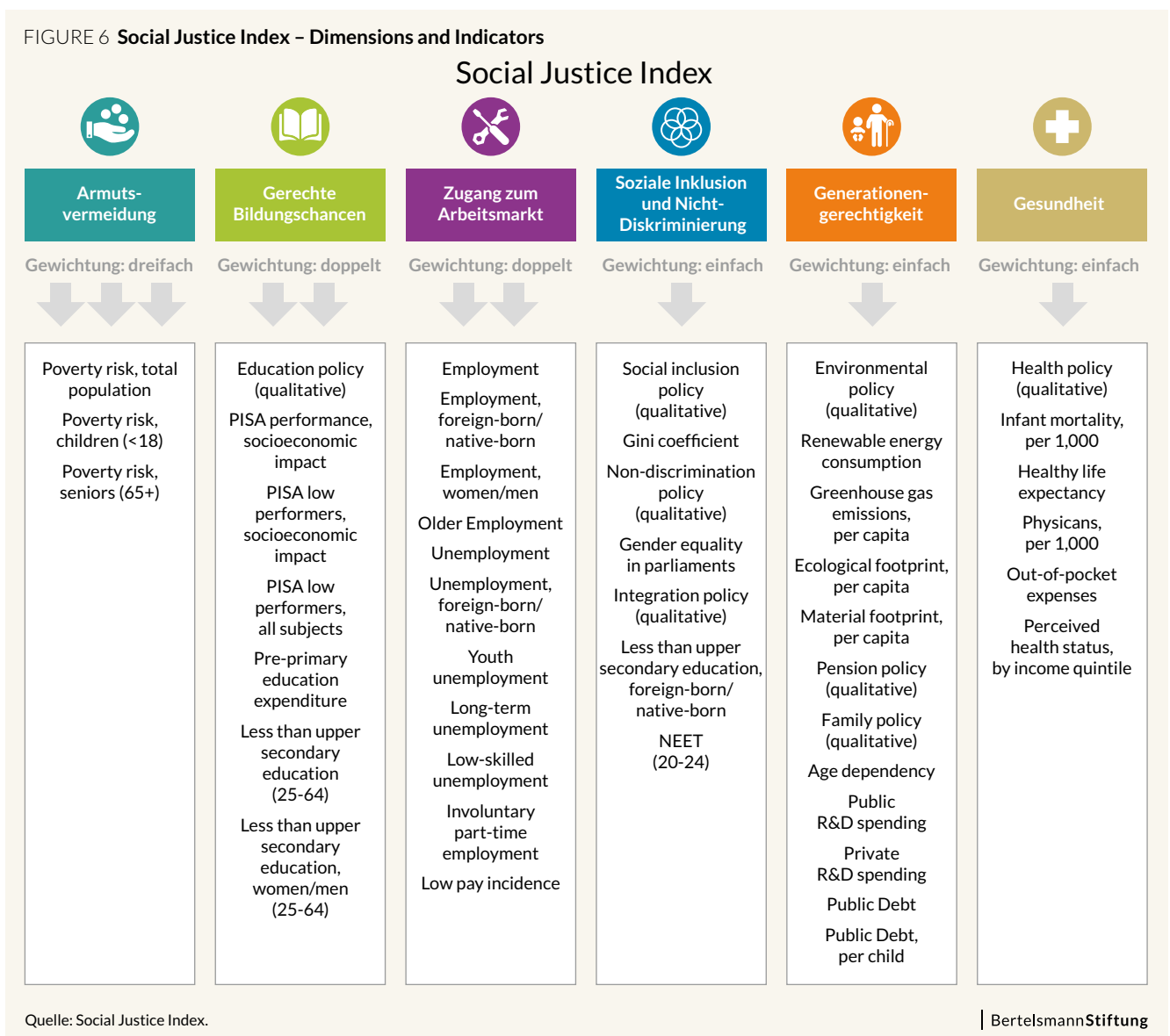
### Leichter Aufwind im Bereich gerechter Bildungschancen

Die OECD- und EU-Länder haben im Vergleich zu den vorherigen Jahren eine leichte Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit erreicht. So ist beispielsweise in fast allen Ländern der Anteil der Menschen mit einem Abschluss unterhalb der Sekundarstufe II teilweise deutlich zurückgegangen. Dennoch weisen die Länder nach wie vor erhebliche Unterschiede bei diesem Indikator auf. Während der Anteil der Menschen mit einem geringeren Bildungsabschluss in Litauen, Tschechien und Polen unter 8% liegt, bleibt er in Mexiko und der Türkei mit jeweils fast 62% sehr hoch. Aber auch in diesen Ländern bleibt der langfristige Trend positiv. Deutliche Unterschiede bezüglich des Bildungsniveaus ergeben sich auch in Bezug auf das Geschlecht. Während in einigen Ländern, darunter Österreich und Tschechien, der Wert der Frauen ohne Sekundarstufe-II-Abschluss um 50% unter dem der Männer liegt, liegt in den baltischen Staaten der Wert der Männer um knapp 40% unter dem der Frauen.

Die nordischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden bilden als Vorzeigestaaten in Sachen Bildungsgerechtigkeit wenig überraschend die Top drei im Bildungsranking. Doch auch in diesen Ländern, hat, wie im Rest des Samples, der sozioökonomische Hintergrund nach wie vor einen Einfluss auf den Lernerfolg der Schüler:innen. In 18 Ländern ist dieser Einfluss im 10-Jahresvergleich sogar gestiegen. Diese ungleiche Chancenverteilung ist insofern Besorgnis erregend, als sich der Bildungserfolg maßgeblich auf die Arbeitsmarktchancen und damit auch die Möglichkeiten sozialer Teilhabe auswirkt. Dringender Handlungsbedarf besteht in dieser Hinsicht insbesondere in Belgien, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und Frankreich. In diesen Ländern hängt der Lernerfolg am stärksten vom sozioökonomischen Hintergrund ab. Den besten Wert bei diesem Indikator weist Island auf, dessen Bildungssystem Kindern aus sozial schwachen Familien nahezu die gleichen Chancen bietet wie Kindern aus sozial besser gestellten Familien.

## II. Der Social Justice Index – Teilhabechancen im internationalen Vergleich messen

Mit dem Social Justice Index untersucht die Bertelsmann Stiftung anhand von 46 Kriterien die Teilhabechancen in 41 EU- und OECD-Staaten. Hierbei werden sechs verschiedene Dimensionen sozialer Gerechtigkeit betrachtet: Armutsvermeidung, gerechte Bildungschancen, Zugang zum Arbeitsmarkt, Soziale Inklusion und Nicht-Diskriminierung, Generationengerechtigkeit und Gesundheit. Der Social Justice Index 2019 berücksichtigt international verfügbare Daten bis zum 28. Oktober 2019.



## Impressum

© Bertelsmann Stiftung  
Dezember 2019

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### **Verantwortlich**

Dr. Thorsten Hellmann

### **Autoren**

Dr. Thorsten Hellmann  
Pia Schmidt  
Sascha Matthias Heller

### **Statistische Analysen und Berechnungen**

Dr. Margit Kraus, Calculus Consult

### **Lektorat**

Dr. Barbara Serfozo (Berlin)

### **Gestaltung**

Markus Diekmann, Bielefeld

### **Bildnachweis**

© iStockphoto / George Clerk  
© kharlamova\_lv - stock.adobe.com  
© Matthias Enter - stock.adobe.com



### **Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Thorsten Hellmann  
Programm Nachhaltig Wirtschaften  
Telefon +49 5241 81-81236  
thorsten.hellmann@bertelsmann-stiftung.de

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)